

Eröffnungsbeitrag Claudia Gohde

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie im Namen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zum Symposium „DIE LINKE, das Fünfparteiensystem und die deutsche Politik“.

Mein Privileg der Eröffnung ist, dass ich Fragen aufwerfen darf, für die wir uns heute Antworten erhoffen. Von diesem Privileg will ich rege Gebrauch machen.

DIE LINKE wirkt. Sie wirkt auch auf das bundesdeutsche Parteiensystem. Sie ist 2005 mit 8,7 Prozent in den Deutschen Bundestag eingezogen und inzwischen in zehn von 16 Landtagen – mit den beiden Übertritten in NRW und im Saarland sogar in zwölf von 16 – vertreten. Sie liegt seit Monaten bei Umfragen zur Bundestagswahl im zweistelligen Bereich, davon etwa 30 % in den ostdeutschen Bundesländern und 8 bis 9 % im Westen Deutschlands. Damit hat sich das Parteiensystem wohl auf längere Zeit in ein Fünfparteiensystem verändert. Zunächst ist das ein größeres Angebot, eine größere politische Auswahlmöglichkeit für Wählerinnen und Wähler und damit sicher positiv. Die Konkurrenz der Parteien wird beflügelt. Die Wahlergebnisse sind schwerer vorauszusagen, die Wahlen spannender. Oskar Niedermayer spricht vor diesem Hintergrund von einem fluiden Fünfparteiensystem mit offener Wettbewerbssituation. Aber wirkt das wirklich mobilisierend oder politisierend? Welche Probleme entstehen neu, wenn die Mobilisierungs- und Bindungskraft der Großparteien abnimmt, die bei den Landtagswahlen 2008 noch zwei Drittel % der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnten, und die bei gegenwärtigen Umfragen lediglich etwas über die Hälfte der Wählerinnen und Wähler an sich binden können? Schlägt sich die abnehmende Bindungs- und Mobilisierungskraft der Großen *automatisch* durch Zuwächse bei den Kleinen nieder? Bringt das breitere politische Spektrum mehr Engagement der Bürgerinnen und Bürger? Oder nimmt die Alternative des Nicht-Wählens immer mehr zu, weil nicht mal mehr Tradition oder Gewohnheit den oder die Wähler/in an die Urne treiben? In der Folge des Fünfparteiensystems sind neue Koalitionsmöglichkeiten auf Länder- und Bundesebene entstanden. Bisherige Regierungspartnerschaften wie CDU-FDP oder ganz früher „sozial-liberal“ und dann SPD-Grüne sind nicht mehr automatisch mehrheitsfähig – 2005 im Bund reichte es weder für eine schwarz-gelbe noch für eine rot-grüne Mehrheit. Wenn große Koalitionen vermieden werden sollen, dann bleiben nur Dreierbündnisse. Diese setzen aber nicht nur bei den kleinen Parteien eine neue Flexibilität voraus, das Beispiel Hessen hat es gezeigt. Die Festlegung auf „Koch muss weg“ *und* auf „keine Koalition mit der LINKEN“ führte in der SPD zu einer Blockade, die nun alle Parteien in die Neuwahl führt.

Was sind die Konsequenzen? Sollten die Parteien auf Koalitionsaussagen verzichten? Und führt das zu mehr Auswahl, zu mehr Profil oder zu mehr Verwechselbarkeit? Werden Parteien damit attraktiver oder werden sie noch mehr zu gleichen Bausteinen ein- und derselben Politikskate? Und was ist mit den Wählerinnen und Wählern, denen häufig taktische Wahlmotive unterstellt werden? Sind sie bereit, die Stimme einer Partei zu geben, ohne deren Koalitionsbildung beeinflussen zu können? Oder sehen sie es als Vorteil an, nur nach Inhalten und Programmen zu wählen?

Und: Wie werden die gesellschaftlichen Konfliktlinien abgebildet, deren unterschiedliche Pole die Parteien präsentieren, wenn munter durcheinander koaliert werden kann? Und wie halten es die Parteien selber mit dem Dilemma, möglichst viele Koalitionsoptionen zu haben und gleichzeitig dem noch vorhandenen Lagerdenken gerecht zu werden?

Erfahrungen mit Dreierkonstellation gibt es nur wenige, die große Koalition wird von den meisten nicht als dauerhaft gute Lösung angesehen. Kein Wunder, dass angesichts der „unpässlichen“ Wahlergebnisse auch die Diskussion um eine Wahlrechtsänderung wieder aufkommt. Sollte die Linke Hüterin des existierenden Wahlrechtes sein, weil ein Mehrheitswahlrecht erst mal nicht demokratischer erscheint? Welches Wahlsystem wäre stabiler und zugleich demokratischer und repräsentativer?

Parteienforscher verweisen immer wieder auf die gesellschaftlichen Konfliktlinien, die Parteien repräsentieren müssen, wenn sie eine dauerhafte Funktion innerhalb des Parteiensystems haben wollen. Erfolgreich ist diejenige Partei, schreibt Karl-Rudolf Korte, „die die Kraft besitzt, einem gesellschaftlich bedeutenden Konflikt politisch Ausdruck zu verleihen“. Das hat der LINKEN den Erfolg gebracht. Sie ist eine Partei links der SPD, die konsequent für soziale Gerechtigkeit steht und dafür gewählt wird.

DIE LINKE hat eine solide traditionelle Wählerbasis in Ostdeutschland, und in Westdeutschland ein großes Wählerpotenzial neu angesprochen und – noch nicht vollständig - erschlossen. Sie vertritt und integriert nicht nur die „Modernisierungsverlierer“ sondern kann - wie die Studie des DIW belegt - auch Modernisierungsgewinner erreichen. Sie ist in *allen* sozialen Milieus gesellschaftlich verankert und in besonderer Weise für Arbeiter/innen und Arbeitslose eine attraktive Partei. Ihre Anhänger/innen sorgen sich um die gesellschaftliche Entwicklung und um die eigene wirtschaftliche Entwicklung. Sie verorten sich vor allem links und sie verstehen darunter ganz Verschiedenes. Sie teilen sich in Ost und West, in gewerkschaftlich Orientierte und in Autonom-Libertäre, in Frauen und Männer, in Protestierende und Gestaltung wollende.

Die soziale, kulturelle und politische Pluralität ist für DIE LINKE also eine Herausforderung an politische Handlungsfähigkeit, die sie gegenwärtig mit zentralen Forderungen und Kampagnen zu meistern versteht. Reicht das? Oder wahrscheinlich besser: Wie lange reicht das? Welche Potentiale muss sie aus der Sicht der hier Anwesenden entwickeln, um langfristig zu wirken und gesellschaftlich mehrheitsfähige Projekte durchzusetzen? Mit welchen Partnern? Unter welchen Bedingungen sind linke gesellschaftliche Mehrheiten möglich und was erfordert das von den beteiligten Parteien?

Diese und andere Fragen stellen wir heute nicht zum ersten Mal. Seit etlichen Jahren liegen Analysen und Publikationen zur Linkspartei (damals PDS) vor, von 2002 bis 2006 führte die Stiftung internationale Workshops zur Parteienentwicklung durch, zu Fragen ihrer Strategie, Programmatik und Organisationsentwicklung. Erinnert werden soll hier vor allem an die These von Michael Brie einer „PDS-plus“, die nach dem Scheitern der PDS 2002 weitsichtige Konsequenzen aufzeigte.

Heute stellen wir unsere Fragen bewusst den Expert/inn/en aus der Parteienforschung, die sich professionell mit den Parteien auseinandersetzen. Ihre Kompetenzen und ihre Fähigkeit, Entwicklungsprobleme und Perspektiven von Parteien und Parteiensystemen aufzuzeigen, möchten wir gerne in Anspruch nehmen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist den vergangenen drei Jahren rasant gewachsen mit Büros in allen Bundesländern, erweiterter internationaler Präsenz und neuen Arbeitsfeldern. Der „Gesprächskreis Parteien und soziale Bewegungen“ der Rosa Luxemburg Stiftung möchte sich mit diesem Kolloquium stärker als bisher den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschungen zu Parteien und sozialen Bewegungen zuwenden und dieses Wissen in das linke Umfeld und in die ihr nahe stehende Partei einbringen. Dabei bitte ich um Nachsicht, dass wir als Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht allen gerecht werden können: Den Wissenschaftlern bieten wir zu wenig Forschung, der Partei zu wenig Handwerkszeug für ihren Wahlkampf, den Bürger/innen zu wenig mündgerechte Rezepte zur Einflussnahme und den Bewegungen zu wenig Parteienverdrossenheit. Das sehe ich nicht als Manko, sondern als Ausdruck unserer Brückenfunktion zwischen Wissenschaft und Bildung, Analyse und Handreichung. In diesem Sinne wünsche ich allen ein gutes, interessantes Symposium.